

Ermittlungen gegen Dornauer nach Jagdausflug offiziell eingestellt!

Ermittlungen gegen Georg Dornauer wegen eines Jagdausflugs wurden eingestellt; keine Beweise für Waffennutzung während der Jagd.

Steiermark, Österreich - Die Ermittlungen gegen Georg Dornauer, den ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreter von Tirol, wurden eingestellt. Der Vorwurf, gegen ein bestehendes Waffenverbot verstoßen zu haben, lautete, dass Dornauer während eines Jagdausflugs im Herbst 2024 eine Waffe benutzt haben könnte. Dies wurde angestoßen durch ein Foto, auf dem er mit einem Beutebruch abgebildet ist, der traditionell den Schützen ausweist. Dornauer war an diesem Jagdausflug, der auch René Benko, den Gründer von Signa, umfasste, beteiligt. Laut der Staatsanwaltschaft Innsbruck gab es jedoch „keine ausreichenden Beweise“ dafür, dass Dornauer trotz des Verbots eine Waffe verwendet hat, wodurch die Ermittlungen eingestellt wurden. Das Justizministerium gab seine Zustimmung zur Einstellung der Causa, die im November 2024 ihren Anfang nahm, nachdem das Foto in der „Krone“ veröffentlicht wurde.

Ein Jagdgast und ein Berufsjäger, der als Pirschführer fungierte, entlasteten Dornauer, indem sie bestätigten, dass dieser nicht der Schütze war. Der Jagdgast, der den Hirsch erlegt hatte, wurde zudem in die Abschussmeldung als Erleger eingetragen. Auch ein weiterer Jagdgast, ein Tiroler Hotelier, stärkte Dornauer den Rücken. Benko gab an, lediglich für das Foto anwesend gewesen zu sein und nicht an der Jagd teilgenommen zu haben. Diese Aussage wurde von anderen bestätigt.

Politische Auswirkungen und Rücktritt

Die Vorwürfe hatten weitreichende politische Konsequenzen: Dornauer trat nach Bekanntwerden der Ermittlungen als Landeshauptmann-Stellvertreter zurück, behielt jedoch sein Landtagsmandat. Im Februar 2025 verlor er zudem die Kampfabstimmung um den Bezirksparteivorsitz gegen Bernhard Höfler, was sein Comeback in die politische erste Reihe erschwerte.

Kontext zum Waffenverbot

Das Thema Waffenverbot hat in Österreich in den letzten Jahren an Brisanz gewonnen. Seit 2018 sind Waffenverbotszonen im Sicherheitspolizeigesetz verankert, um den Besitz und das Führen von Schusswaffen im öffentlichen Raum zu regulieren. Kritiker argumentieren häufig, dass das Verbot Brauchtum, Jagd und Sport beeinträchtigt, während Befürworter auf die Notwendigkeit hinweisen, die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Statistiken zeigen einen Anstieg von Gewalttaten, insbesondere mit Messern. Die bestehenden Regelungen für Schusswaffen und die Ausnahmen für Jäger und Sportschützen bleiben jedoch unverändert. Während für allgemeine Waffenverbotszonen zunehmend Unterstützung gefunden wird, bleibt die Diskussion über individuelle Rechte und Sicherheitsbedenken weiter bestehen.

Details	
Vorfall	Waffenvergehen
Ursache	Verstoß gegen ein Waffenverbot
Ort	Steiermark, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• www.puls24.at• www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at